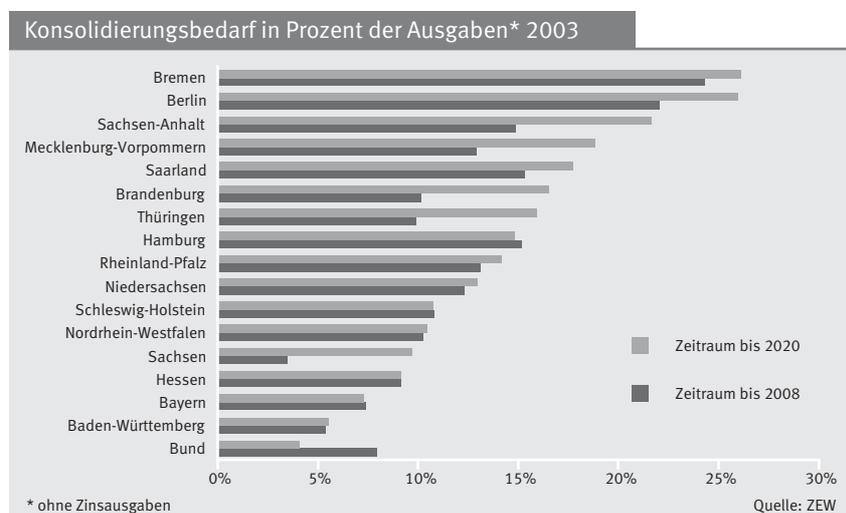


mit M&A-Report

## Finanzpolitischer Handlungsbedarf bei Haushalten der deutschen Bundesländer

*In der Debatte um die Maastrichter Verschuldungskriterien wird deren Gesamtstaatlichkeit häufig vernachlässigt, obwohl die subnationale Verschuldung vor allem in föderalistisch geprägten Ländern oftmals groß ist. In Deutschland etwa betrug der Anteil der Länderverschuldung (einschließlich der Gemeinden) an der Gesamtverschuldung Ende des Jahres 2004 knapp 38 Prozent. Der von ZEW und Bertelsmann-Stiftung entwickelte Schuldenmonitor stellt im Rahmen einer Tragfähigkeitsanalyse die föderale Dimension der Staatsverschuldung in den Vordergrund. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden demographischen Entwicklung quantifiziert er die Konsolidierungserfordernisse in den Haushalten von Bund und Ländern.*

Im Hinblick auf das Auslaufen des Solidarpakts II, der bis 2019 die Leistungen des Bundes an die ostdeutschen Bundesländer in Form von Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisungen und überproportionalen Mitteln regelt, wurden die Tragfähigkeitslücken auch für den Zeitraum bis 2020 ermittelt. Der Übergang auf den längeren Betrachtungszeitraum führt vor allem in Ostdeutschland zu einem deutlichen Anstieg der jährlichen Konsolidierungserfordernisse. Neben der Degression der Solidarpakt II-Mittel spiegeln sich hier zwei weitere Entwicklungen wider. Zum einen ist in Ostdeutschland aufgrund der Verbeamtungspraxis nach der Wiedervereinigung mit deutlich steigenden Versorgungsausgaben zu rechnen. Darüber hinaus gehen Bevölkerungsprognosen davon aus, dass die anhaltende Binnenmigration zu erheblichen Bevölkerungsverlusten mit entsprechend negativen Auswirkungen für die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland führen wird.



Im Rahmen des Schuldenmonitors wurden so genannte Tragfähigkeitslücken berechnet, die angeben, um wie viel Prozent das jährliche Ausgabenniveau gesenkt werden müsste, um die Verschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) innerhalb eines bestimmten Zeitraums konstant zu halten. Die Abbildung gibt einen Überblick über den Konsolidierungsbedarf in den Haushalten von Bund und Ländern, wobei das Haushaltsjahr 2003 das Basisjahr der Analyse darstellt.

Bereits im Finanzplanungszeitraum bis 2008 ergeben sich in den meisten Ländern Tragfähigkeitslücken von mehr als zehn Prozent der Ausgaben (ohne Zinsausgaben). In den Stadtstaaten Berlin und Bremen müssten die Ausgaben sogar um mehr als 20 Prozent gekürzt werden, um die Schuldenquote konstant zu halten. Bemerkenswert ist dagegen, dass der Bundeshaushalt mit einem Konsolidierungsbedarf von 7,9 Prozent einen Wert aufweist, der deutlich unter dem Durchschnitt der Bundesländer liegt.

### IN DIESER AUSGABE

Finanzpolitischer Handlungsbedarf bei Haushalten der deutschen Bundesländer . . .	1
E-Commerce-Nutzung bei Dienstleistern . . .	2
Internationale Automobil-Konkurrenz auf Augenhöhe mit deutschen Anbietern . . .	3
Auf neuem Kurs: Die Förderung von Forschungsprojekten in der Wirtschaft . . . . .	4
Einstiegsgehälter auf unvollkommenen Arbeitsmärkten sind nicht flexibel genug . . .	5
ZEW-intern, Neuerscheinungen, Termine . . . . .	6
Daten und Fakten . . . . .	7
Standpunkt . . . . .	8

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

## Schuldenprojektionen\* 2010 bis 2030

Schuldenstandsquoten (in % des BIP)

	2004	2010	2020	2030
Baden-Württemberg	13,8	20,2	33,4	53,0
Bayern	9,4	16,9	30,2	49,7
Berlin	69,2	105,0	197,9	338,7
Brandenburg	40,5	64,8	150,9	290,6
Bremen	47,8	75,8	134,8	214,8
Hamburg	25,8	36,8	56,6	85,6
Hessen	17,0	27,1	43,5	67,7
Mecklenburg-Vorp.	41,4	70,1	164,5	299,9
Niedersachsen	29,5	43,7	73,9	116,3
Nordrhein-Westfalen	26,3	35,4	55,1	83,9
Rheinland-Pfalz	29,2	44,7	76,8	123,9
Saarland	31,7	50,6	92,7	147,9
Sachsen	21,3	30,6	77,6	154,4
Sachsen-Anhalt	46,6	77,8	179,0	322,6
Schleswig-Holstein	33,0	43,1	64,5	98,0
Thüringen	40,1	60,9	135,7	246,8
Bund	36,9	41,0	45,9	55,6
gesamstaatlich	61,1	76,8	108,9	159,4

\* Länder einschl. Gemeinden/Gv. ohne Zweckverbände, Bund ohne Sondervermögen  
Quelle: Statistisches Bundesamt und eigene Berechnungen des ZEW

Der Bundeshaushalt wird dagegen durch das Auslaufen der Zuweisungen im Rahmen des Solidarpakts II langfristig deutlich entlastet, was sich bis 2020 in einem geringeren Konsolidierungsbedarf von 4,1 Prozent der Ausgaben ausdrückt.

## Langfristige Schuldenprojektionen

Weiterhin nimmt der Schuldenmonitor auch langfristige Schuldenprojektionen vor. So wurden die Schuldenstandsquoten von Bund und Ländern bis zum Jahr 2030 unter der Annahme fortgeschrieben, dass die aktuelle Finanzpolitik weitergeführt wird (siehe Tabelle).

Vor dem Hintergrund der vom Bundesverfassungsgericht 1992 festgestellten Beistandspflicht von Bund und Ländern im Falle einer extremen Haus-

haltsnotlage ist vor allem die große Bandbreite der Schuldenstandsquoten wichtig. Die projizierte Schuldendynamik zeigt, dass es insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern, aber auch in den Stadtstaaten Berlin und Bremen erhebliche finanzpolitische Nachhaltigkeitprobleme gibt. Zudem zeigt sich, dass die Einhaltung des gesamtstaatlichen Maastrichter Schuldenstandskriteriums (60 Prozent des BIP) bereits im Jahr 2010 in weite Ferne rückt, sollte nicht finanzpolitisch eingelenkt werden. Die Ergebnisse des Schuldenmonitors verdeutlichen somit den akuten finanzpolitischen Handlungsbedarf, der sich unter anderem aus der demographischen Entwicklung und ihren Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme in Deutschland ergibt.

Sebastian Hauptmeier, [hauptmeier@zew.de](mailto:hauptmeier@zew.de)

## E-Commerce-Nutzung bei Dienstleistern

Im zweiten Quartal 2005 geben etwa 33 Prozent der Dienstleister der Informationsgesellschaft an, dass sie das Internet als Vertriebskanal an Endkunden einsetzen (Vorjahr: 40 Prozent). Das Business to Business E-Commerce (B2B E-Commerce), also der elektronische Handel mit Geschäftspartnern, ist bei den Unternehmen des Wirtschaftszweigs deutlich weiter verbreitet. Etwa 52 Prozent der Unternehmen geben im zweiten Quartal 2005 an, dass sie das Internet nutzen, um Bestellungen bei Geschäftspartnern aufzugeben (2004: 54 Prozent).

Dies ist Ergebnis einer Umfrage bei Dienstleistern der Informationsgesellschaft, die das ZEW in Zusammenarbeit mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im Juni und Juli 2005 durchgeführt hat. An der Umfrage beteiligten sich rund 1.000 Unternehmen. Der Wirtschaftszweig Dienstleister der Informationsgesellschaft setzt sich zusammen aus Informations- und Kommunikationstechnologie- (IKT-) Dienstleistern (Unter-

nehmen der Branchen EDV-Dienste und -Vermietung, IKT-Fachhandel sowie Telekommunikationsdienste) und wissensintensiven Dienstleistern (Unternehmen der Branchen Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architekturbüros, technische Beratung und Planung, Forschung und Entwicklung sowie Werbung).

### Branchen nutzen E-Commerce unterschiedlich stark

Die Verbreitung von E-Commerce variiert stark zwischen den einzelnen Branchen des Wirtschaftszweigs. Am weitesten verbreitet ist B2C E-Commerce bei den Unternehmensberatern. Knapp drei von vier Unternehmen dieser Branche setzten das Internet als Vertriebskanal ein. Ein fast ebenso großer Anteil nutzt in der Forschung und Entwicklung B2C E-Commerce (etwa 70 Prozent). Auch bei den EDV-Dienstleistern und -Vermietern (etwa 43 Prozent) sowie im IKT-Handel (etwa 39 Prozent) ist B2C E-Commerce

überdurchschnittlich häufig verbreitet. Während Werbeagenturen E-Commerce eher selten für den Vertrieb ihrer Dienstleistungen einsetzen (15 Prozent), sind sie führend in der Nutzung des E-Commerce für die Beschaffung von Vorleistungen. Etwa 73 Prozent der Werbeagenturen nutzen hier B2B E-Commerce. Überdurchschnittlich häufig setzen auch die Branchen Unternehmensberatung (63 Prozent), EDV-Dienste und -Vermietung (61 Prozent) sowie der IKT-Handel (58 Prozent) B2B E-Commerce ein.

Befragt nach den Motiven für den Einsatz von E-Commerce, nennen die meisten Dienstleister der Informationsgesellschaft im zweiten Quartal 2005 die Beschleunigung der Geschäftsprozesse an erster Stelle. An zweiter Stelle steht das Motiv Schritthalten mit der Konkurrenz, gefolgt von der Kostensenkung von Geschäftsprozessen, der Erhöhung der Servicequalität, der Ausdehnung der Geschäftszeiten und der Ausweitung des geografischen Absatzmarktes.

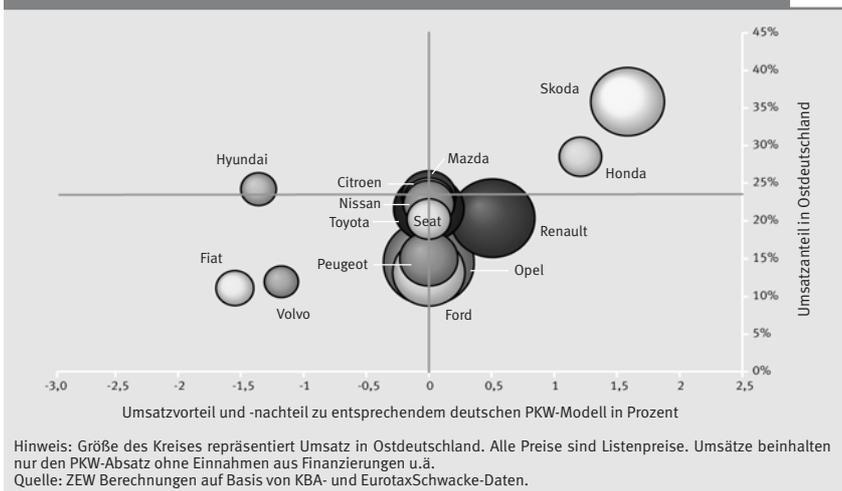
Margit Vanberg, [vanberg@zew.de](mailto:vanberg@zew.de)

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Internationale Automobil-Konkurrenz auf Augenhöhe mit deutschen Anbietern

Traditionell haben Unternehmen im Heimatmarkt Vorteile gegenüber ausländischen Wettbewerbern. Die Kunden sind mit dem Unternehmen und dessen Produkten vertraut. Darüber hinaus haben sich die heimischen Unternehmen und ihre Mitarbeiter auf ihr kulturelles, soziales und regulatorisches Umfeld eingestellt. Ausländische Unternehmen müssen sich diese Einbettung und Vernetzung erst erarbeiten. Eine ZEW-Studie untersucht das Ausmaß dieser Herausforderungen für ausländische Anbieter auf dem deutschen Automobilmarkt.

## Umsatzvorteile und -nachteile ausländischer Hersteller bei vergleichbaren PKW-Modellen in Ostdeutschland



Die Automobilindustrie ist eine der am stärksten globalisierten Branchen. Mit mehr als 3,2 Millionen verkauften PKWs ist Deutschland der größte Markt Europas und der viertgrößte Markt weltweit. Die Wachstumschancen für internationale Anbieter sind also groß. Andererseits besitzt Deutschland große, etablierte Automobilhersteller. Ausländische Anbieter können von den Größenvorteilen auf dem deutschen Markt nur profitieren, wenn ihre Angebote den deutschen Geschmack treffen. Das betrifft nicht nur das Auto selbst, sondern auch das Unternehmen, sein Image, die Händler, Wartung und Service.

Die ZEW-Studie untersucht für 14 führende internationale Automarken, ob sie „Fremde in einem fremden Land“ oder schon „heimisch“ in Deutschland geworden sind. Die Angebote von Citroen,

Fiat, Ford, Honda, Hyundai, Mazda, Nissan, Opel (General Motors), Peugeot, Renault, Seat, Skoda, Toyota und Volvo werden denen von Audi, BMW, Mercedes, Smart und Volkswagen gegenübergestellt. Die Analyse beruht auf einer umfassenden Stichprobe von fast 1.400 PKW-Modellen, die im Jahr 2003 auf dem deutschen Markt verkauft wurden. Vergleichbare Modelle mit gleicher Größe, Leistung und Ausstattung von deutschen und ausländischen Unternehmen werden verglichen, um aus den Unterschieden im Umsatz mit diesen Modellen die Vorteile und Nachteile ausländischer Anbieter empirisch abzuschätzen.

Es zeigt sich, dass die meisten ausländischen Anbieter auf Augenhöhe mit ihren deutschen Wettbewerbern konkurrieren. Allerdings weisen einige ausländische Wettbewerber signifikante Um-

satznachteile auf. So macht etwa Hyundai mit einem Fahrzeug fast zwei Prozent weniger Umsatz als ein deutscher Anbieter mit einem vergleichbaren PKW-Modell. Der geringere Umsatz von Fiat und Volvo beträgt rund 1,5 Prozent und bei Seat und Mazda weniger als ein Prozent. Diese Hersteller treffen die Ansprüche und den Geschmack der deutschen Kunden anscheinend nur unzureichend und müssen dies durch Rabatte oder Qualitätsverbesserungen ausgleichen. Dies ist insbesondere für Seat als Teil der deutschen Volkswagen-Gruppe überraschend.

## Skoda in Ostdeutschland erfolgreich

In der ZEW-Studie werden außerdem Ost- und Westdeutschland separat untersucht. Ostdeutschland ist ein interessanter Teilmarkt, da dort deutsche und ausländische Hersteller zum selben Zeitpunkt nach der Wiedervereinigung in den Markt eingetreten sind. In Ostdeutschland ist es im Gegensatz zu Westdeutschland einigen internationalen Herstellern gelungen, ihre deutschen Konkurrenten hinter sich zu lassen. So erzielen Skoda, Honda und Renault mit vergleichbaren Automodellen mehr Umsatz als ihre deutschen Konkurrenten. Insbesondere Skoda ist ein interessanter Fall. Die Volkswagen-Tochter profitiert vom Image des Mutterkonzerns und dessen Händlernetz. Zudem ist Skoda die einzige Marke, die schon vor dem Fall der Mauer in Ostdeutschland etabliert war. Skoda profitiert von dieser Kombination von Wettbewerbsvorteilen.

Aus den Ergebnissen folgt, dass sich deutsche Anbieter auf neuen, internationalen Märkten rechtzeitig engagieren sollten. So sind sie früh in die dynamischen Märkte integriert und vermeiden lang anhaltende negative Effekte.

Wolfgang Sofka, sofka@zew.de

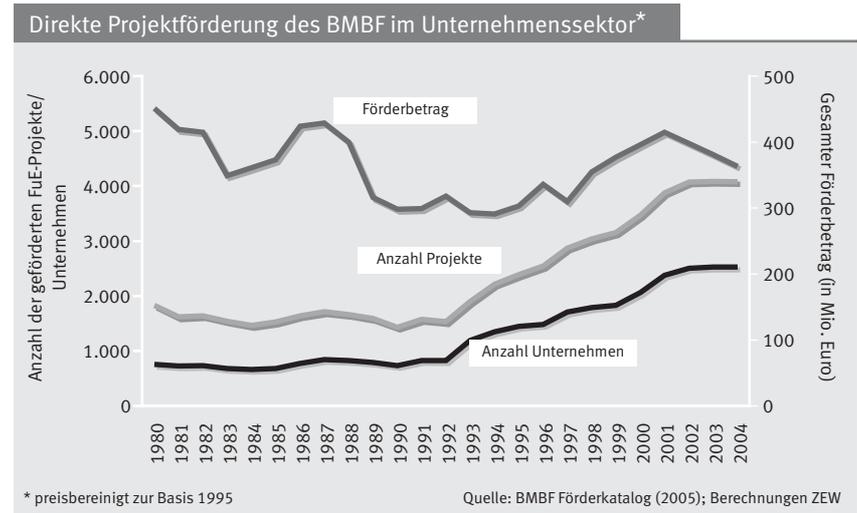
## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Auf neuem Kurs: Die Förderung von Forschungsprojekten in der Wirtschaft

Die öffentliche Förderung von Forschung und Entwicklung (FuE) zählt in den meisten Industrienationen zu den Kernaufgaben der Innovationspolitik. Die Förderung von Unternehmen in Deutschland durch den Bund erfolgt maßgeblich im Rahmen der direkten Projektförderung. Sie bezieht sich auf konkrete Forschungsfelder und erfolgt auf der Grundlage von Anträgen für zeitlich befristete FuE-Vorhaben. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung fördert mit diesem Instrument Forschungsprojekte in deutschen Unternehmen mit jährlich mehr als 350 Millionen Euro. Im Rahmen eines von der OECD koordinierten internationalen Vergleichs hat das ZEW die direkte FuE-Projektförderung in Deutschland untersucht.

Für die Analyse des ZEW zur direkten Projektförderung wurden öffentliche FuE-Förderprogramme ausgewertet und mehr als 200 an diesen Programmen beteiligte Projektleiter in Unternehmen befragt. Es zeigt sich, dass sich die „Philosophie“ der Fördermittelvergabe seit Beginn der 1990er Jahre grundlegend gewandelt hat (siehe Grafik). So ist die Zahl der geförderten FuE-Projekte seit 1990 (1.433) um mehr als 180 Prozent gewachsen (2004: 4.080). Damit einhergehend ist auch die Anzahl der Unternehmen gestiegen, die an der Forschungsförderung des Bundes partizipieren. Während früher die Förderung großer Projekte in Konzernen die vorherrschende Förderstrategie des Bundes war, sind in den vergangenen zehn Jahren kleine und mittlere Unternehmen (KMU) in den Fokus der öffentlichen Projektförderung gerückt. So ist die Zahl der in FuE unterstützten KMU von 1998 bis 2003 um mehr als 70 Prozent auf knapp 1.900 Unternehmen gestiegen.

Das Förderbudget hat dagegen mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten. Obwohl der Bund die für die Förde-



rung der Wirtschaft bereitgestellten Fördermittel bis 2001 um rund 40 Prozent aufstockte, ist das Förderbudget nach 2001 real zurückgegangen. Das heutige Förderbudget entspricht inflationsbereinigt etwa dem Stand von 1998.

## Bund fördert verstärkt Forschungsk Kooperationen

Weiterhin hat der Bund einen klaren Kurswechsel zugunsten kooperativer Forschungsförderung eingeschlagen. In Verbundprojekten kooperieren mehrere Partner in einzelnen Forschungsmodulen. Ziel dieser Politik ist es, einzelne Spezialisierungs- und Wissensvorteile in der vorwettbewerblichen Forschung besser nutzbar zu machen. Im Jahr 2004 beträgt der Anteil der Verbundforschungsprojekte an der gesamten Projektförderung in der Wirtschaft 87 Prozent.

Diese „Zwangsehen“ mit dem Ziel der FuE-Kooperation müssen jedoch nicht frei von Reibung sein. Kritiker bemängeln sowohl den zunehmenden Koordinationsaufwand für alle Beteiligten innerhalb der eigenen Firma/wissenschaftlichen Einrichtung als auch den erhöhten Kommunikationsaufwand untereinander. Außerdem muss sichergestellt sein,

dass der Wissenstransfer unter den Projektpartnern unproblematisch ist. Ängste, dass firmenspezifisches Wissen ungewollt von den Kooperationspartnern absorbiert werden könnte, sehen die an der Studie teilnehmenden Unternehmen jedoch als unbegründet an. Ein Großteil der Unternehmen bewertet den Wissensaustausch unter den Kooperationspartnern eher als eine Chance, neue Technologien und Verfahren kennen zu lernen.

Durch die stärkere Förderung von KMU und der damit verbundenen steigenden Anzahl an Förderprojekten hat sich auch der ökonomische Erfolg der geförderten FuE-Projekte gewandelt. Mit der früheren Förderstrategie, die sich auf größere Unternehmen konzentrierte, hat sich ein Erfolg der geförderten Projekte aufgrund des hohen Anteils an Grundlagenforschung erst zeitlich verzögert eingestellt. KMU hingegen zielen mit ihrer Forschung oft darauf ab, bestehende Produkte zu verbessern. Die zunehmende Anzahl an kleineren Förderprojekten als Resultat der höheren KMU-Beteiligung seit Mitte der 1990er Jahre scheint daher zu einem schnelleren Effekt zu führen.

Birgit Aschhoff, [aschhoff@zew.de](mailto:aschhoff@zew.de)  
Dr. Andreas Fier, [fier@zew.de](mailto:fier@zew.de)  
Heide Löhlein, [loehlein@zew.de](mailto:loehlein@zew.de)

## FORSCHUNGSERGEBNISSE

# Einstiegsgehälter auf unvollkommenen Arbeitsmärkten sind nicht flexibel genug

In den Jahren 1976 bis 1995 lagen die durchschnittlichen Tagesverdienste von Arbeitnehmern, die eine neue Beschäftigung aufnahmen (im Folgenden Einsteiger genannt), um bis zu 40 Prozent unter denen bereits beschäftigter Arbeitnehmer. Trotz dieser Differenz kommt eine neue ZEW-Studie (ZEW-Discussion Paper No. 05-26) zu dem Schluss, dass die Einstiegsgehälter nicht markträumend waren. Vielmehr waren sie jedes Jahr um etwa zwei Prozent zu hoch. Damit wird eine wichtige Ursache der Arbeitslosigkeit in Deutschland quantifiziert.

In der ZEW-Studie werden Einsteiger als Arbeitnehmer definiert, die erstmals nach der Ausbildung oder nach einer Unterbrechung, beispielsweise nach einer Phase der Arbeitslosigkeit, wieder in ein Beschäftigungsverhältnis eintreten. Datengrundlage ist die Ein-Prozent-Stichprobe der rentenversicherungspflichtig Beschäftigten in Westdeutschland im Zeitraum von 1976 bis 1995. In den verwendeten Stichproben gehören etwa elf Prozent der Arbeitnehmer zu einem Stichtag Mitte eines jeden Jahres zur Gruppe der Einsteiger sowie etwa neun Prozent zur Gruppe der Beschäftigten, die seit dem Vorjahr den Betrieb wechselten.

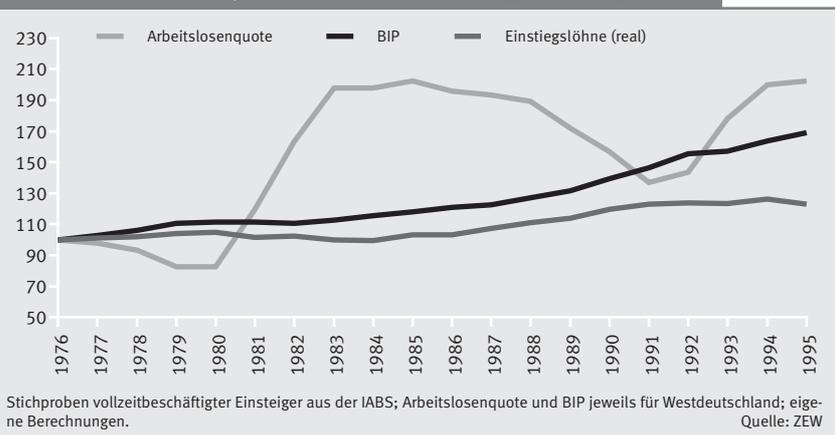
Die realen mittleren Einstiegsgehälter sind im Mittel zwischen 1976 und 1995 um 22,9 Prozent gestiegen, mit einer durchschnittlichen jährlichen Rate von 1,1 Prozent. Im Vergleich dazu stiegen die durchschnittlichen realen Tagesverdienste der übrigen Arbeitnehmer, Betriebswechsler und betriebstreuem Arbeitnehmer um 32 Prozent oder mit einer jährlichen Wachstumsrate von 1,5 Prozent wesentlich stärker. Die Differenz der Arbeitsverdienste der Einsteiger und der übrigen Beschäftigten nahm somit im Beobachtungszeitraum deutlich zu. Der Vergleich von Einstiegsgehältern, Arbeitslosigkeit und realem Bruttoinlandsprodukt

(siehe Abbildung) lässt vermuten, dass die Arbeitsverdienste der Einsteiger flexibler auf makroökonomische Größen wie zum Beispiel die Arbeitslosigkeit reagieren. So ist in Jahren stark steigender Arbeitslosigkeit das reale Wachstum von Einstiegsgehältern gering, in manchen Jahren sogar negativ.

sucht. Von Lohnrigiditäten wird gesprochen, wenn die Gehälter nicht markträumend sind.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist weniger die Existenz von Lohnrigiditäten an sich als vielmehr die Höhe der verhinderten Lohnsenkung (Lohnaufschwemmung) entscheidend. Rige Gehälter ver-

Einstiegslohnentwicklung im Vergleich mit der Entwicklung des BIP und der Arbeitslosenquote für Westdeutschland (1976=100)



Die ZEW-Studie zeigt, dass die Heterogenität bezüglich Ausbildung, Alter, Betriebsgröße, Berufserfahrung und Geschlecht etwa zwei Drittel der beobachteten Lohnunterschiede zwischen Einsteigern und ansonsten gleichen, bereits beschäftigten Arbeitnehmern erklären kann. Zur Erklärung der restlichen Lohnunterschiede werden in der Literatur verschiedene lohntheoretische Modelle diskutiert. Lohnunterschiede lassen sich zum Beispiel auf betriebspezifische Qualifikationen oder auf Effizienzgehälter zurückführen. Hinzu kommen institutionelle Bedingungen für Einstiegsgehälter, wie gesetzliche Mindestgehälter oder Tarifverträge, die Einstiegsgehälter nach unten begrenzen.

Aufbauend auf ein von ZEW und Universität Zürich entwickeltes empirisches Modell der Lohnbildung in Deutschland werden in der ZEW-Studie nun erstmals Lohnrigiditäten bei Einsteigern unter-

hindern den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt und haben Arbeitslosigkeit zur Folge. Die Lohnaufschwemmung in der Gruppe der bereits beschäftigten Arbeitnehmer verhindert nicht notwendigerweise die Markträumung. Ausreichend wäre es, wenn die Einstiegsgehälter flexibel wären. Gerade dies scheint aber nicht der Fall zu sein. So liegt im Beobachtungszeitraum 1976 bis 1995 die durchschnittliche Lohnaufschwemmung für Einsteiger mit 2,39 Prozent zwar unter der durchschnittlichen Lohnaufschwemmung der bereits beschäftigten Arbeitnehmer (5,98 Prozent), ist aber in allen Jahren signifikant positiv. Die Ergebnisse der ZEW-Studie deuten somit darauf hin, dass bereits die Einstiegsgehälter ein Niveau haben, das oberhalb der Markträumung liegt.

Johannes Gernandt, [gernandt@zew.de](mailto:gernandt@zew.de)  
PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, [pfeiffer@zew.de](mailto:pfeiffer@zew.de)

## ZEW INTERN

## Wechsel im Vorstand des ZEW-Förderkreises

Bei der Mitgliederversammlung des Förderkreises Wissenschaft und Praxis am Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung e.V. schied nach zwölfjähriger Tätigkeit der Vorsitzende Dr. Manfred Fuchs, stellvertretender Vorsitzender des



von links: Wolfgang Franz, Manfred Fuchs, Jürgen M. Schneider, Rolf Kentner und Thomas Kohl

Aufsichtsrats der Fuchs Petrolub AG, sein Stellvertreter, Dr. Jürgen M. Schneider, Mitglied des Vorstands der Bilfinger + Berger Bauaktiengesellschaft, und der Schatzmeister des Vereins, Direktor Rolf Kentner, Baden-Württembergische Bank AG, entsprechend der Satzung des Vereins aus ihren Ämtern aus.

Der Präsident des ZEW, Prof. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, dankte Dr. Fuchs, Dr. Schneider und Direktor Kent-

ner für deren großen Einsatz bei Gründung und Aufbau des Förderkreises seit 1993: „Ihr großes Engagement hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Förderkreis mittlerweile zu einer stattlichen Größe von 103 Mitgliedern angewachsen ist, deren Unterstützung und praktische Anregungen eine große Bereicherung für die Arbeit des ZEW darstellen.“

Der neue Vorstand des Förderkreises setzt sich wie folgt zusammen: Das Amt des Vorsitzenden übernimmt Dr. Dr. Peter Bettermann, Sprecher der Unternehmensleitung der Freudenberg & Co.

KG. Ihm zur Seite stehen als Stellvertreter Dr. Kurt W. Bock, Finanzvorstand der BASF AG, und als Schatzmeister Dr. Alexander Selent, stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Fuchs Petrolub AG. Weitere Mitglieder im Vorstand des Förderkreises sind Dr. Andreas Dulger, Vorsitzender der Geschäftsleitung der ProMinent Dosiertechnik GmbH und Dr. Uwe Schroeder-Wildberg, Vorstandsvorsitzender der MLP AG.

## Dr. Elisabeth Müller erhält Young Economist Award

Dr. Elisabeth Müller, Wissenschaftlerin im ZEW-Forschungsbereich Industrieökonomik und Internationale Unternehmensführung, ist auf der Jahrestagung der European Association for Research in Industrial Economics (EARIE) für das Papier „How Does Owners' Exposure to Idiosyncratic Risk Influence the Capital Structure of Private Companies?“ mit dem Young Economist Award ausgezeichnet worden. Das Papier beschäftigt sich mit Eigentümern von kleinen und



mittleren Unternehmen, die häufig einen hohen Anteil ihres Privatvermögens in nur einem Unternehmen investiert haben. Müller zeigt, dass die Eigentümer versuchen, diesen Mangel an Diversifikation durch eine verstärkte Verwendung von Bankkrediten zu begrenzen.

## EXPERTENSEMINARE

- 14./15.11.2005 Presenting in English
- 16.11.2005 Plan- und Berichtswesen – Ein pragmatischer Ansatz für kleine und mittlere Unternehmen
- 17.11.2005 Volkswirtschaftliche Daten kompetent interpretieren
- 22.11.2005 Deutschland ein Hochsteuerland für Unternehmen? Die Steuerlast von deutschen Unternehmen im internationalen Vergleich
- 22./23.11.2005 Modernes Bond-Portfoliomanagement
- 23.11.2005 Outsourcing im Personalbereich
- 24.11.2005 Wege zur Internationalisierung Ihrer Rechnungslegung – Kompetenzreihe für den Mittelstand
- 7.12.2005 Bilanzpolitik in mittelständischen Unternehmen

Den neuen Seminarkatalog für September 2005 bis Juli 2006 können Sie im Internet herunterladen: <ftp://ftp.zew.de/pub/zew-docs/seminare/seminare.pdf>

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie im Internet unter [www.zew.de](http://www.zew.de) → Expertenseminare

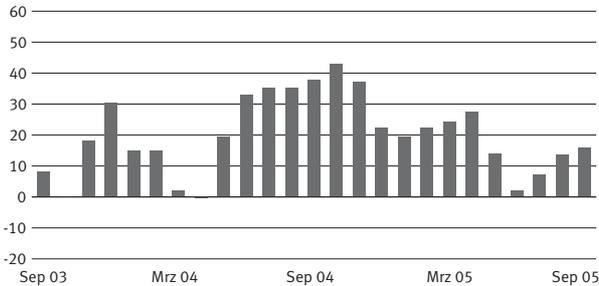
Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail [pauli@zew.de](mailto:pauli@zew.de)

## ZEW DISCUSSION PAPERS

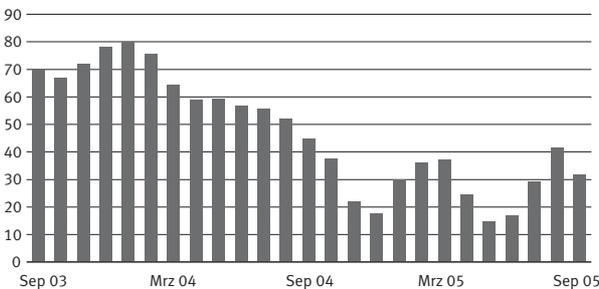
- No. 05-61, Dirk Engel, Oliver Heneric: Do University Based Regions Really Attract Outside Entrepreneurs – The Case of the German Biotechnology Industry.
- No. 05-62, Melanie Arntz, Stefan Boeters, Nicole Gürtzgen: Alternative Approaches to Discrete Working Time Choice in an AGE Framework.
- No. 05-64, Ronald McKinnon: Exchange Rate or Wage Changes in International Adjustment? Japan and China versus the United States.
- No. 05-65, Bernd Fitzenberger, Ralf Wilke: Using Quantile Regression for Duration Analysis.
- No. 05-66, Bernd Fitzenberger, Astrid Kunze: Vocational Training and Gender: Wages and Occupational Mobility Among Young Workers.

DATEN UND FAKTEN

### ZEW-Finanzmarkttest im September



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

#### EZB: Keine Änderung bei kurzfristigen Zinsen

Im September rechnen weiterhin rund 80 Prozent der Experten damit, dass die EZB die kurzfristigen Zinsen auf Sicht der nächsten sechs Monate unverändert lässt. Nur rund 17 Prozent der Experten erwarten einen Anstieg der Kurzfristzinsen im Euroraum. Allerdings wird das Lager derjenigen, die eine Zinserhöhung erwarten, größer. Der Grund hierfür sind die steigenden Inflationserwartungen im Euroraum. Eine Beschleunigung der Inflation könnte die EZB trotz der lahrenden Konjunktur im Euroraum veranlassen, die Zinswende nach oben einzuläuten.

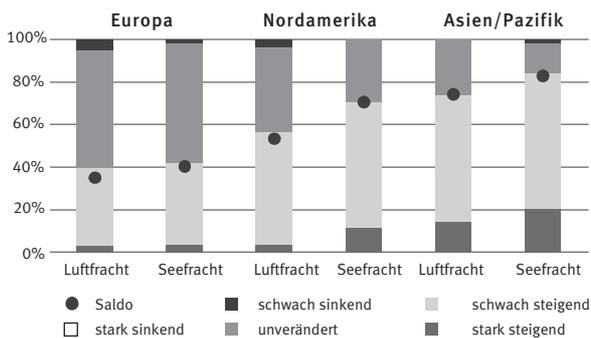
Volker Kleff, kleff@zew.de

#### Deutlicher Rückgang der Konjunkturerwartungen

Die ZEW-Konjunkturerwartungen für den Euroraum sind im September deutlich gesunken. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten bezüglich der konjunkturellen Lage in sechs Monaten liegt nun bei +31,8 Punkten nach +41,6 Punkten im August. Einflussfaktoren waren sicherlich der Hurrikan Katrina und der zeitweise auf mehr als 70 US-Dollar pro Barrel gestiegene Ölpreis. Doch auch das Wahlergebnis in Deutschland scheint den Optimismus der Experten gedämpft zu haben. Ein Ende der Reformen könnte auch nachteilig für den Euroraum sein.

Volker Kleff, kleff@zew.de

#### Experten sehen großes Wachstumspotenzial bei interkontinentalem Verkehr

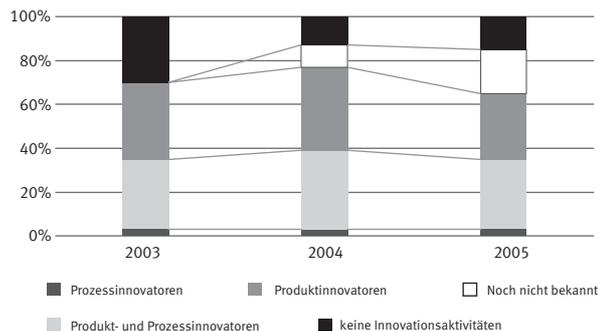


Quelle: ZEW

Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW sehen für das kommende Halbjahr im interkontinentalen Verkehr ein starkes Wachstumspotenzial. Sowohl bei der Luft- als auch bei der Seefracht gehen je nach Transportrelation zwischen 57 und 84 Prozent der 300 befragten Experten von Mengensteigerung aus. Davon erwarten sogar zwischen drei und 20 Prozent der befragten Spediteure Mengensteigerungen von mehr als fünf Prozent. Der inner-europäische Verkehr wird hingegen zurückhaltender eingeschätzt. Hier gehen die Experten mehrheitlich von konstantem Aufkommen aus.

Georg Bühler, buehler@zew.de

#### Deutscher Fahrzeugbau auch in der Zukunft innovativ



Quelle: ZEW

70 Prozent der Unternehmen im deutschen Fahrzeugbau haben im Jahr 2003 Innovationen durchgeführt. Zum Befragungszeitpunkt, im Frühjahr 2004, waren sich bereits 77 Prozent der Unternehmen sicher, dass sie auch im Jahr 2004 innovativ tätig sein würden. Zehn Prozent der befragten Unternehmen hingegen gaben an, dass sie noch nicht wüsten, ob sie in 2004 Innovationsaktivitäten durchführen würden. Der Innovatorenanteil wird somit im Jahr 2004 voraussichtlich steigen. Auch für das Jahr 2005 rechnet bereits ein hoher Anteil der Unternehmen (65 Prozent) mit innovativen Tätigkeiten.

Heide Löhlein, loehlein@zew.de

## STANDPUNKT



## Deutsch

Gründlichkeit ist eine Eigenschaft, die zu verinnerlichen bekanntlich insbesondere Deutschen zugeschrieben wird. Anscheinend gilt dies ebenso im Zusammenhang mit der Internationalisierung der Wissenschaft.

Nur schwer kann man sich des Eindrucks erwehren, es sei hierzulande der wissenschaftlichen Reputation abträglich, sich hin und wieder der deutschen Sprache zu bedienen.

Um Missverständnissen gleich vorzubeugen, sei von vorneherein betont, dass Wissenschaftler ihre Resultate selbstverständlich auch und vielleicht sogar vornehmlich in internationalen englischsprachigen Zeitschriften publizieren und auf internationalen Tagungen in Englisch vortragen müssen, wollen sie für eine möglichst hohe Kenntnisnahme Sorge tragen und Karriere machen. Darum geht es nicht.

Ziemlich befremdlich mutet indessen an, wenn bei deutschen Veranstaltungen ohne internationale Beteiligung gleichwohl Englisch gesprochen wird. Dem Vernehmen nach werden an einigen Fakultäten deutschsprachige Gastreferenten gezwungen, selbst vor einem deutschsprachigen Publikum auf Englisch vorzutragen. Mehr noch, deutschsprachige Seminare und Symposien – wohlgemerkt in Deutschland – gelten bei einigen Kollegen als anrüchig, und Einladungen dazu werden entristet abgelehnt. Das wissenschaftliche Niveau wird ohne Umschweife als minderwertig abgetan, solange nicht ebenfalls Wissenschaftler aus dem anglo-amerikanischen Raum vortragen. Wenn dann Deutsche in Englisch referieren, grenzen die Sprachkenntnisse mitunter an Peinlichkeit. Analoges gilt für Einreichungen wissenschaftlicher Beiträge in Englisch seitens deutschsprachiger Autoren bei wissenschaftlichen Zeitschriften, wovon jeder Herausgeber ein Lied singen kann. Englisch ist – entgegen einer weit verbreiteten Auffassung – eben keine einfache Sprache, wenn man mehr als ein Bier bestellen möchte.

Ohnehin scheint es der wissenschaftlichen Weltgewandtheit förderlich zu sein, möglichst viele „Imponier-Anglizismen“ zu verwenden, sofern man überhaupt mal Deutsch spricht. Bei

manchen Vorträgen entsteht der Eindruck, dass sich der Referent unschlüssig ist, in welcher Sprache er reden möchte, und sich daher doppelsprachig äußert. Das hat nichts damit zu tun, dass manche Begriffe im Englischen kürzer und prägnanter sein können, aber in vielen Fällen gibt es in der deutschen Sprache ebenfalls einen treffenden Ausdruck.

Die Verballhornung der deutschen Sprache mit Anglizismen besitzt aber den Vorteil, defizitäre Kenntnisse der deutschen Grammatik kaschieren zu können. Dass die Kommasetzung einer gewissen Beliebigkeit, wenn nicht sogar Stochastik unterworfen wird, daran hat man sich inzwischen gewöhnt. Des Weiteren scheint der Gebrauch des Genitivs fast völlig aus der Mode gekommen zu sein, zugunsten des Dativs. „Der Dativ ist dem Genitiv sein Tod“ (B. Sick) ist der Wissenschaft nicht fremd. Da wird in fröhlicher Unbekümmertheit „dem Unternehmen sein Gewinn“ oder „dem Konsumenten sein Nutzen“ maximiert oder – allerdings eher im Süddeutschen – zu Redewendungen des Typs „die Arbeitslosen, die wo ein Stelle suchen“ gegriffen. Wenn dann doch der Genitiv verwendet wird, dann häufig falsch, also beispielsweise in Verbindung mit „gemäß“. Das Wort „beziehungsweise“ wird regelmäßig fehlerhaft gebraucht, denn meistens „bezieht“ sich da überhaupt nichts aufeinander, sondern es müsste „und“ oder „oder“ heißen. Ich weiß nicht, was im schulischen Deutschunterricht getrieben wird, aber diverse Diplomarbeiten und Dissertationen lassen den Eindruck aufkommen, Deutsch sei in Deutschland bei Deutschen die erste Fremdsprache. Den Autoren, die sich später Führungspositionen erhoffen, darf man nur wünschen, dann eine kompetente Sekretärin oder ein leistungsfähiges Rechtschreibprogramm an ihrer Seite zu haben.

Noch einmal: Englisch ist die internationale Sprache der Wissenschaft, aber muss man sich gleich schämen, Äußerungen in Deutsch abzufassen?

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,  
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: [www.zew.de](http://www.zew.de)  
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz

**Redaktion:** Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [voss@zew.de](mailto:voss@zew.de)  
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail [grittmann@zew.de](mailto:grittmann@zew.de)

**Nachdruck und sonstige Verbreitung** (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars  
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2005